# Wie ist der Krieg zu beenden?

Schließen militärischer Druck und Friedensinitiativen gegenseitig einander aus oder ist beides Teil einer Lösung? In einer „Freie Presse“-Umfrage vor der Bundestagswahl war Frieden eines der Themen, die die Leserinnen und Leser am stärksten umtreiben. Zwei in der Debatte führende Wissenschaftler haben einen ganz unterschiedlichen Blick darauf.

VON JENS EUMANN

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen machte sich im August 2022 ein Bild der Konsequenzen des Massakers von Budscha. FOTO: RODRIGO ABD/AP/DPA

**CHEMNITZ/ZWICKAU** – Wie kommt man zum Frieden im Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine? Über diese Frage zerbrechen sich nicht nur politische Entscheider weltweit den Kopf, auch zahlreiche Leserinnen und Leser der „Freien Presse“ wünschen sich darauf Antwort. Das hat eine Online-Befragung ergeben. Fast ein Fünftel der Befragten hält das Thema für eins der wichtigsten unserer Zeit. Welches Vorgehen am meisten Erfolg verspricht, dazu indes herrscht wenig Einigkeit. Ein Einsetzen für Frieden „ohne immer mehr Waffen, sondern mit diplomatischen Mitteln“ fordern mehrere Leser. „Bedingungslose Unterstützung der Ukraine“ sehen andere als Voraussetzung. „Keine Lieferung von Taurus-Waffen an die Ukraine“, lautet eine konkrete Forderung. Eine weitere: „Keine weiteren Waffenlieferungen und auch keine Wiederaufbauhilfe.“

Wiederaufbauhilfe von vornherein auszuschließen, so weit ging das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) am Freitagabend nicht, als auch dessen Zwickauer Kreisverband das Thema für einen Wahlkampftermin nutzte. Allerdings legte die als Gast angereiste außenpolitische Sprecherin des BSW, Sevim Dagdelen, nahe: „Wir sollten uns auf unsere Interessen besinnen.“ Sie unterstellte, dass es sich aktuell um einen „Stellvertreterkrieg“ handele, „um Russland in die Knie zu zwingen“. Inwiefern die USA, inwiefern „der Westen“ Russlands Einmarsch in die Ukraine hätte veranlasst haben sollen, ließ die Außenpolitik-Expertin weitgehend unbeantwortet. Außer jenem Verweis auf die von der „Atommacht Russland“ zuvor benannten „roten Linien“, die man nicht hätte „als Kasperletheater“ behandeln dürfen. Gemeint war die Erweiterung der Nato auf jene von sich aus Schutz im Bündnis suchenden Länder Polen, Estland, Lettland und Litauen. Auch säte Dagdelen Zweifel, ob „die Interessen der Nato, geführt von der Führungsmacht USA, deckungsgleich mit unseren“ seien. Dass erst unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine nach jahrzehntelanger Bündnis-Freiheit Schweden und Finnland den Schutz der Nato als sehr wohl in ihrem Interesse bewerteten, thematisierte Dagdelen nicht.

Allerdings steht sie nicht allein mit der Forderung nach mehr Initiative für Frieden. So positioniert sich auch das Netzwerk Friedenskooperative aus Bonn, das seine Wurzeln in der westdeutschen Friedensbewegung der 80er-Jahre hat. Auf seiner Website fordert es zur Beendigung des Krieges „den Anstoß diplomatischer Initiativen, insbesondere durch die deutsche Bundesregierung“. Vorangegangene Verhandlungen zwischen Ukraine und Russland, etwa über Austausch von Gefangenen und das von Russland nicht verlängerte Getreideabkommen, benennt das Netzwerk als Chance. Sie zeigten schließlich, „dass es durchaus Gesprächskanäle gibt, auf denen aufgebaut werden kann“. Diese gelte es offenzuhalten.

Politikwissenschaftler Gustav Gressel. FOTO: PRIVAT

Die außenpolitische Sprecherin des BSW, Sevim Dagdelen, kam zu einem Wahlkampftermin zum Zwickauer BSW-Kreisverband. FOTO: JENS EUMANN

Politikwissenschaftler Johannes Varwick. FOTO. HENNING SCHACHT

> „Wenn Putin sehen würde, dass er diesen Krieg militärisch nicht mehr gewinnen kann, würde er auf Plan B umschwenken.“

Besonders wichtig sei das, „um Russland einen möglichen Ausweg aus dem Konflikt aufzeigen zu können“. Letztlich liege es „in den Händen Putins, die Kampfhandlungen umgehend zu beenden“. Auch wenn sowohl Russland als auch die Ukraine Kriegsziele formuliert hätten, „die (momentan) kaum Zugeständnisse“ zuließen, es müsse „ein Prozess in Gang gesetzt werden, der Verhandlungen ermöglicht“, hält die Friedenskooperative fest. Ziel müsse ein Ende des Krieges sowie Abzug der russischen Truppen sein.

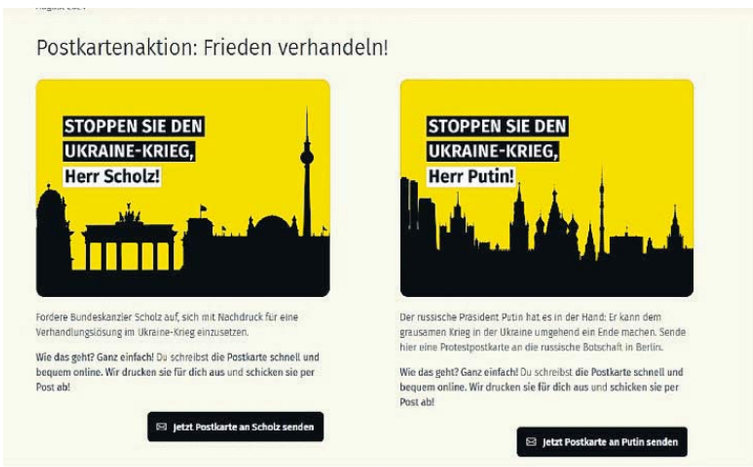
Bereits kurz nach Beginn des Angriffskrieges sei man in den „Istanbul-Verhandlungen“ vom April 2022 laut Aussagen von Beteiligten „einer Lösung sehr nahe“ gewesen, sagt Politikwissenschaftler Johannes Varwick im Interview mit der „Freien Presse“. Varwick hat den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle/Wittenberg inne und ist Präses des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit. In Istanbul seien die Bedingungen für einen Waffenstillstand, dauerhafte ukrainische Neutralität und internationale Sicherheitsgarantien „skizziert“ worden. „Die Einigung sah unter anderem vor, dass sich Russland auf seine Position vor dem Angriff im Februar 2022 zurückzieht, während die Ukraine im Gegenzug zusicherte, keine Nato-Mitgliedschaft anzustreben. Um den Status der Krim zu klären, wurde ein Zeitraum von 15 Jahren vorgeschlagen“, argumentiert Varwick. Sicher habe es noch ungeklärte Fragen gegeben „und weder Putin noch Selenskyj hatten ein finales Dokument unterzeichnet“, räumt er ein, dennoch habe die Lösung Potenzial gehabt.

Das sieht Gustav Gressel völlig anders. Der österreichische Politikwissenschaftler, der von 2014 bis 2024 beim Europäischen Rat für Auslandsbeziehungen als Experte für Osteuropa, Sicherheitspolitik und Militärstrategien gearbeitet hat, hat noch in keiner der bisherigen Friedensinitiativen Chancen auf Erfolg ausgemacht: „Die Ukraine möchte ihre 1991 erreichte Unabhängigkeit behalten, Russland will sie rückgängig machen. Das ist der Kern, um den es in diesem Krieg geht. Für Russland ist die Einverleibung der Ukraine in den eigenen Herrschaftsbereich eine Grundvoraussetzung, wieder die Europa dominierende Großmacht zu werden.“ So umreißt der Militärexperte hinter dem Krieg stehende russische Hegemonialansprüche. „Aus ukrainischer Sicht weiß man aber spätestens seit Budscha, was es bedeutet, wieder unter russische Kontrolle zu kommen. Man weiß nun, dass die Erschießungslisten und ‚Filtrationslager‘, von dessen Plänen westliche Geheimdienste schon vor der Invasion wussten, Realität sind. Man kann von Kiew nicht erwarten, einer Selbstauslöschung zuzustimmen“, sagt Gressel.

Einen Punkt bewerten beide Wissenschaftler ähnlich, wenngleich unter völlig anderen Vorzeichen: Die aktuelle Marginalität deutschen Einflusses. Gressel urteilt, man hätte in Europa „die Rüstungsindustrie im größeren Umfang anwerfen“ müssen, um in eine „Position der Stärke“ zu kommen. Doch weder der Kanzler noch die SPD-Führung hätten das gewollt. „Jetzt ist der Einfluss auf die Geschehnisse halt marginal.“ Varwick sieht deutsche Fehlleistungen eher im Gegenteil: Deutschland hätte vielmehr Initiativen anderer Staaten unterstützen sollen. „Da kam aber, zumindest öffentlich, nichts. Es ist ein schweres Versäumnis der deutschen Außenpolitik, so eindimensional auf die militärische Karte zu setzten.“

Doch welche Optionen gibt es aktuell, Putin und Selenskyj an den Verhandlungstisch zu bringen? „Wenn Putin sehen würde, dass er diesen Krieg militärisch nicht mehr gewinnen kann, würde er auf Plan B umschwenken und versuchen, in Verhandlungen noch so viel von seinem Gewinn zu retten wie möglich“, sagt Gressel. Leider habe Putin gerade aber „die reale Chance, diesen Krieg militärisch zu gewinnen, und lässt sich daher Ziele, die er militärisch erreichen kann, nicht am Verhandlungstisch wegnehmen“. Varwick dagegen glaubt, man müsste herausfinden, „wie Russland auf ernsthafte Verhandlungsangebote und ohne das Beharren auf Maximalforderungen“ reagiere. „Hinter vorgehaltener Hand hört man inzwischen auch aus westlichen Hauptstädten, dass es eine Diskussion über ‚Land gegen Frieden‘ geben müsse und kaum jemand damit rechne, dass die Ukraine ohne territoriale Veränderungen aus diesem Krieg kommt.“ Angebote dürften russische Kerninteressen nicht vollkommen ignorieren. „Das mag wie das Einknicken vor einem Aggressor erscheinen, ist aber die bessere Alternative zu einem dauerhaften Abnutzungskrieg oder einer weiteren militärischen Eskalation“, so Varwick. Er denke, „dass ein Arrangement mit Russland trotz seines brutalen Vorgehens gegen die Ukraine machbar wäre, wenn im Gegenzug ein wie auch immer gearteter Neutralitätsstatus der Ukraine zugestanden würde. Das ist und bleibt der Kern. Auf der anderen Seite muss es natürlich auch Sicherheitsgarantien für die Ukraine geben, die aber nicht wie Nato-Mitgliedschaft durch die Hintertür aussehen dürfen – denn sonst wird Russland da nicht mitmachen.“ (eu)

> „Ich denke, dass ein Arrangement mit Russland trotz seines brutalen Vorgehens gegen die Ukraine machbar wäre.“




Die aus der Friedensbewegung der 80er-Jahre stammende Friedenskooperative ermöglicht eine Online-Postkartenaktion an Olaf Scholz oder gleich direkt an Wladimir Putin unter dem Motto: Stoppen Sie den Krieg! SCREENSHOT: FP

## Friedensinitiativen seit 2022

**März/April 2022:** Der 10-Punkte-Plan von Istanbul, es gab keine Dokumente, die von Putin oder Selenskyj unterzeichnet worden wären. Was es gab, waren Entwürfe der Ukraine über Zugeständnisse an Russland, etwa die eigene Neutralität zu garantieren, keinem Militärbündnis beizutreten, einen 15-Jahres-Zeitraum zur Klärung der Krimfrage vorzusehen. Im Gegenzug erwartete die Ukraine selbst auch Sicherheitsgarantien.

**Oktober 2022:** Selenskyj verkündet den G7-Staaten einen Zehn-Punkte-Plan, der Vereinbarungen in folgenden Feldern vorsieht: Strahlenschutz und nukleare Sicherheit, Sicherheit bei Ernährung, Energie, Gefangenen- und Deportiertenfreilassung, Umsetzung der UN-Charta zur Territorialität der Ukraine, Rückzug russischer Truppen, Gerechtigkeit (Ahndung von Kriegsverbrechen), Schutz der Umwelt, Eskalationsstopp, Deklaration des Kriegsendes.

**Februar 2023:** Chinas 12-Punkte-Plan, der unter anderem vorschlägt: striktes Einhalten der UN-Charta zur Souveränität aller Staaten, Sicherheitsinteressen nicht auf Kosten anderer anzustreben, Einstellen der Feindseligkeiten und Aufnahme von Friedensgesprächen, Schutz für Zivilisten und Gefangene, Schutz für bzw. Verzicht auf Angriffe auf Atomkraftwerke, Verzicht auf Nuklearwaffeneinsatz, Erleichtern von Getreideexporten, Stopp einseitiger Wirtschaftssanktionen.

**April 2023:** Brasiliens Vorschlag eines „G-20-(Gipfels) des Friedens“ unter Beteiligung afrikanischer Länder. Unterliegende Kritik: Die sonstigen Gipfelteilnehmer zählten zugleich zu den Profiteuren von Waffenexporten.

**Mai 2023:** Sechs afrikanische Staaten haben eine Initiative ausgearbeitet, um im Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu schlichten

**Juni 2023:** Friedenskonferenz für die Ukraine in Kopenhagen zwischen Verbündeten der Ukraine und Vertretern des Globalen Südens (initiiert von der Ukraine)

**August 2023:** Vertreter aus 40 Staaten, darunter die Ukraine, China und Saudi-Arabien, trafen sich in Dschidda. Ein neuer Friedensplan soll ausgereicht worden sein, ein Abschlusskommuniqué gab es aber nicht.

**März 2024:** Ausgelöst durch eine Äußerung von Papst Franziskus, sowie die Debatte um Rolf Mützenichs Plädoyer für ein Einfrieren des Krieges, rückt die Frage nach Verhandlungsbereitschaft Russlands in den Fokus.

**April 2024:** Die Türkei sieht ein Einfrieren des Krieges entlang der bestehenden Frontlinie vor, auf dem ein Friedensplan aufbauen soll.

**Mai 2024:** China und Brasilien legen gemeinsamen Friedensplan mit 6 Punkten vor.

**Juni 2024:** Ukraine-Konferenz in der Schweiz, wo rund 90 Staaten am 15. und 16. Juni 2024 bei Luzern zusammenkommen. Russland war nicht eingeladen. In der Abschlusserklärung heißt es: „Das übergeordnete Ziel der Konferenz bestand darin, einen künftigen Friedensprozess anzuregen. Um dies zu erreichen, sollte eine Plattform für den Dialog über Wege zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine auf der Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Charta geboten werden. Man wolle „gemeinsam ein Fahrplan festlegen“, wie beide Parteien in einen künftigen Friedensprozess eingebunden werden können.

**August 2024:** Berichte der „Washington Post“ über Verhandlungen über teilweise Waffenruhe in Doha. Eine Kreml-Sprecherin dementierte tags darauf jedoch über Reuters.

Quelle: Friedenskooperative (eu)